



Medienmitteilung

Zürich, 3. Dezember 2020

Beschlüsse der Kommissionen

KJS: Keine Verpflichtung, Polizeieinsätze in jedem Fall in Rechnung zu stellen

Die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS) beantragt dem Kantonsrat mit Stichentscheid des Präsidenten, die parlamentarische Initiative «Chaoten statt Steuerzahler belasten» von FDP-Kantonsrat Marc Bourgeois ([KR-Nr. 248/2016](#)) in der von der Kommission geänderten Form abzulehnen. Eine Kommissionsminderheit aus SVP und FDP hält an der geänderten parlamentarischen Initiative fest und stellt zwei verschiedene Minderheitsanträge. Die ursprüngliche parlamentarische Initiative wird zur Ablehnung beantragt. Das geltende Recht sieht in § 58 des Polizeigesetzes die Möglichkeit vor, Polizeieinsätze in Rechnung zu stellen. Die parlamentarische Initiative und die Minderheitsanträge verlangen, dass in bestimmten Fällen aus der Möglichkeit der Verrechnung eine Verpflichtung wird. Die Kommissionsmehrheit teilt die Haltung des Regierungsrates, dass es nicht in jedem Fall sinnvoll oder verhältnismässig ist, eine Rechnung zu stellen, weshalb der Entscheid darüber weiterhin der Polizei überlassen werden soll.

KJS-Präsident: Tobias Mani (EVP, Wädenswil), 079 619 56 53

Auf dem vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.